



# Solidarität

## Organ des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Preis vierteljährlich 3,- Mk. - Anzeigen: die dreispaltige Preiskarte 2,- Mk., Tages- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. - Sämtliche Postausgaben nehmen Abonnements an. Eingezeichnet unter obigem Titel im Post-Zeitungsregister.

Für die Woche vom 9. bis 15. Januar 1921 ist die Beitragsmarke in das mit 3 bezeichnete Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

### Mitteilungen des Verbandsvorstandes

Die Zahlstelle Kaiserlautern hat ab 1. Januar den Beitrag für die Lokalfeste auf 20 Pf. wöchentlich festgesetzt.  
Die Zahlstelle Mülheim a. d. Ruhr hat mit Wirkung ab 1. Januar 1921 den Lokalbeitrag auf 40 Pf. erhöht.  
Die Zahlstelle Dessau i. B. erhebt vom gleichen Termin ab einen Ortsbeitrag von 10 Pf. wöchentlich.  
Die Zahlstelle Lüdenscheid hat ab 1. Januar den Lokalbeitrag von 10 Pf. auf 30 Pf. erhöht.  
Der Verbandsvorstand gibt hierzu seine Genehmigung.

Der Verbandsvorstand.  
F. A.: E. Bucher, 1. Vorf.

### Optimismus und Pessimismus

Es gibt Menschen, die die Welt durch eine rosenrote Brille betrachten, die alles von der leichten Seite nehmen, die mit großer Hoffnungsvolligkeit in die Zukunft blicken, weil sie über die Schwierigkeiten und Hindernisse, die sich in den Weg stellen, lächelnd hinweggehen. Viele Optimisten, glückliche Menschenkinder im wahren Sinne des Wortes, haben einen unbegrenzten Glauben an das Gute im Menschen, und darum machen sie sich wenig Sorgen um die kommenden Dinge. Sie leben mehr für den Tag und bilden dem, was kommen muß und kommen soll, in heiterer Seelenruhe entgegen. Allerdings erleben sie mancher Enttäuschungen, weil sie ihre Hoffnungen auf trügerischen Sand gebaut hatten, und dann, wenn sie aus dem Himmel ihrer Träume in die kalte Wirklichkeit herabgelürzt sind, tritt bei ihnen Ernüchterung, Misgunst oder gar Hoffnungslosigkeit ein. Dann verzweifeln sie an der Welt und der Menschheit und wollen nicht mehr mitmachen, weil es nach ihrer Meinung doch keinen Zweck mehr hat. Sie fallen von dem einen Extrem ins andere, sie sind bald himmelhoch jauchzend, bald zum Tode betrübt, wie der Dichter Goethe sich ausdrückt.

Demgegenüber gibt es auch Menschen, die infolge einer ganz anderen Veranlagung durch schwarze Kläber in die Welt hineinklicken, die alle Dinge von der schweren Seite nehmen und sich niemals große Hoffnungen machen, weil sie dem Grundnias hubdigen: "Es wird schon schief gehen!" Diese Pessimisten, die schwer an ihrem Dasein tragen, haben nur geringen Glauben an das Gute im Menschen, sie sehen mehr die schlechten Eigenschaften in der Menschenatur und können sich nicht zu der Ueberzeugung aufschwingen, daß das Gute doch schließlich den Sieg davontragen werde über das Schlechte. Ihnen erscheinen die Hindernisse, die ihnen in den Weg treten, als Felsblöcke, die nicht hinweggeräumt werden können, während die Optimisten darin nur kleine Steine sehen, die sie mit leichtem Fuße überspringen. Aber gerade, weil sie sich keine übertriebene Hoffnungen machen, sind sie auch vor Enttäuschungen geschützt. Nach dem Sprichworte, daß man nicht hoffen soll, damit einem nichts schiefhät, reiben sie sich seelenvergnügt die Hände, wenn die anderen mit betäubten Gesichtern am Grabe ihrer Hoffnungen stehen, und obenrein tun sie sich viel zugute auf ihre Beobachtungs-gabe. Sie haben es ja von Anfang an ge-wußt und gesagt, daß es so kommen mußte, und nun freuen sie sich, daß sie Recht be-halten haben.

Dieser Gegensatz zwischen Optimismus und Pessimismus, der uns im täglichen Leben überall in die Augen fällt, spielt auch in der Entwicklung der Menschheit eine wichtige Rolle. Früher wie heute finden wir Optimisten, die sich den Aufstieg der Menschheit zu höheren Lebensformen und die Umwandlung der Gesellschaft in der Richtung zum Fortschritt hinderlich vorstellten, während die Pessimisten der Meinung hubdigen, daß von einem wirklichen Fortschritt nirgends die Rede sein könne, weil trotz aller Bemühungen und Versuche doch schließlich alles beim alten bleibe. In den Zeiten einer Revolution tritt dieser Unterchied besonders deutlich zutage. Zahlreiche Menschen glauben, daß mit dem Durchbruch der Revolution das

goldene Zeitalter angebrochen sei, daß ihre kapitalistisch durchseuhten Zeitgenossen nun mit einem Male sozialistisch denken und fühlen und handeln würden, sie lebten in dem Bahn, daß wir bereits über den Berg hinaus seien, während wir in Wirklichkeit noch immer dabdr stehen. Sie waren befeelt von einem Wunderglauben an die Wirkungsmöglichkeit einer Revolution, weil sie keine Abnung hatten, daß eine jede Revolution nicht nur Umfuhr ist, sondern zugleich Anfang und Ausgangspunkt einer neuen Entwicklung. Und weil nicht alle ihre Mitentwürme reiften, wurden sie enttäuscht und trauen ermüchert und erbittert befeite. Selbst die offensichtlichen Errungenschaften der Revolution auf den verschiedensten Gebieten erschienen ihnen als nichtig und wertlos. Hier befehren sie sich mit den Pessimisten, die ja in ihrer überlegenen Weisheit von Anfang an vorausgesehen hatten, daß aus der ganzen Revolution nichts herauspringen werde, und die deshalb in den Chorus der Enttäuschten und Verärgerten mit einstimmen, indem sie schrieben, daß trotz der Revolution alles im alten Gleise weiter trofte.

Welche Gefahr für unser Volk im allgemeinen und für die deutsche Arbeiterklasse im besondern diese Leute bilden, braucht einem Beobachter der Gegenwart nicht erst gesagt zu werden. Sie sind der schlimmste Gemisch aus einem jeden Aufsteiger. Wenn die Optimisten den Massen vorreden, daß der Weg zum Sozialismus ein gemüchlicher Spaziergang sei und daß es lediglich am bösen Willen der Führer liege, wenn so geringe Erfolge erzielt worden seien, und wenn auf der anderen Seite die Pessimisten alles schwarz in schwarz sehen und fortwährend von der Ausichtslosigkeit der sozialistischen Bestrebungen sprechen, da haben natürlich jene sozialistischen Praktiker einen schweren Stand, die in erster Arbeit um die Hebung der Menschheit ringen. Was hat es denn für einen Zweck, daß die Schönfärber in allen Tonarten die Ansicht vertreten, der Kapitalismus habe bereits völlig abgewirtschaftet und das Proletariat sei längst reif für die Sozialisierung unseres Wirtschaftens, und daß die Schwärzer als trügerische Kläber die Mär verbreiten, der Kapitalismus sei fester als je im Sattel und das Proletariat sei weder wirtschaftlich noch geistig so hoch entwickelt, daß es das Kapital entbehren könne? Offenbar liegt hier die Wahrheit in der Mitte. Man braucht die Schwierigkeiten durchaus nicht zu verkennen, die sich dem Sozialismus entgegenkürmen, und man muß doch, wenn man ehrlich sein will, unumwunden zugeben, daß das deutsche Proletariat im Laufe der letzten Jahrzehnte ganz überraschende Fortschritte gemacht hat und dem Kapital erfolgreich zu Leibe gegangen ist. Der Kapitalismus ist noch keineswegs befeigt, aber er knattert doch in allen Fugen und er wird stürzen, wenn wir in unserer Arbeit nicht erlahmen. Und was das Proletariat und seine Reife anbetrifft, so muß man sagen, daß es eine Fülle von Intelligenz und Wissen, von Erfahrung und Mächtigkeit in sich birgt, daß es aber auch leider noch große proletarische Schichten gibt, die in jeder Beziehung rückständig sind. Aus dieser Erkenntnis müssen wir die nötigen Folgerungen ziehen, wir müssen Schluß machen mit der Vermittelung der Massen, wir dürfen aber andererseits nicht den Glauben verlieren an die geistige und sittliche Kraft, die in den Massen steckt. Hier heißt es: aufklären, bilden, erziehen, schulen, organisieren und disziplinieren!

Auch in bezug auf die Gestaltung der künftigen sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung stehen sich die optimistische und pessimistische Auffassung schroff gegenüber. Die Optimisten sind der festen Ueberzeugung, daß die Menschenatur sich unter dem Einfluß der veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse von Grund aus verändern werde, daß die antisozialen, selbsthätigen Triebe aus der Menschenbrust verschwinden und daß die Zukunftsmenschen aus reinem Altruismus ihre ganze Kraft in den Dienst der Allgemeinheit stellen und in der Förderung des Gemeinwohls ihre vorzüglichste Aufgabe erblicken würden. Die Pessimisten sind der entgegengefehten Meinung, sie lassen sich nicht davon abbringen, daß die Menschen auch in Zukunft die egoistischen Weiten derselben werden, die sie gewesen sind, und daß deshalb die sozialistische Gesellschaft über kurz oder lang zusammenbrechen müsse. Jeder Kenner der Einzel- und Massenese weiß, daß die Wirklichkeit die Mitte hält zwischen beiden Extremen: die Menschen werden keine Engel sein und wie Lämlein nebeneinander leben, aber sie werden sich innerlich wesentlich verbessern, wenn erst aus dem Gebrech, in dem sie wurzeln, das kapitalistische Unkraut ausgegätet sein wird. Der Sozialismus, den die ver-

elbneten Massen erschauen und erstreben, wird uns keinen Idealzustand schaffen ohne Mängel und Fehler, aber er wird uns wesentlich bessere Verhältnisse bringen. Das ist unsere Hoffnung und unsere Zueversicht.

Erfreulicherweise nimmt die deutsche Arbeiterschaft ihren Weg auf der Mittelstie zwischen Optimismus und Pessimismus, sie ist gleich weit entfernt von weltfremdem Illusionismus wie von hoffnungsloser Schwarzseherei. Ein denker, in der Schule der Organisation erzoener Proletarier hat gelernt, daß man in die Zukunftsgesellschaft nicht hinein träumen und hinein fliegen kann, sondern daß das soziale Neuland in harter unermüdlicher Arbeit Schritt für Schritt urbar gemacht, daß jeder Fußbreit erkämpft werden muß. Er hat aber den festen Glauben an den endlichen Sieg seiner gerechten Sache. Und in diesem Sinne tut er seine Pflicht und Schuldg-leit. F. S.

### Zehnte Tagung des Ausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes

Die zehnte Tagung fand vom 15. bis 18. Dezember im Gewerkschaftshaus in Berlin statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung widmete der Vorsitzende Genosse Grafmann dem Andenken des verstorbenen Genossen Brungmann (Zimmerarbeiter) ehrende Worte des Angedenkens.

Im Auftrage der von der vorigen Sitzung eingesetzten Studienkommission zur Unterfuchung der Akademie der Arbeit in Frankfurt a. M. berichtete Genosse Dismann (Metallarbeiter) und machte im Namen der Studienkommission bestimmte Vorschläge zur Beschickung der Akademie durch Gewerkschafter. Allerdings könne dies nicht in dem hohen Maße geschehen, wie von der Verwaltung der Akademie vorgeschlagen worden ist; immerhin müsse aber doch etwas geschehen, um mehr volkswirtschaftliche Kenntnisse in die Massen zu tragen. Im Anschluß daran erörterte der Genosse Wolf vom preußischen Kultusministerium einen Plan, in kurzfristigen Kursen die allerunvermeidlichsten volkswirtschaftlichen Kenntnisse in kürzerer Zeit den Massen zu übermitteln. In der darauf folgenden Aussprache kam hauptsächlich zum Ausdruck, daß beide Pläne nebeneinander hergehen können und schließlich einigte der Ausschuß sich auf folgende, vom Genossen Siebel (Angestelltenverband) eingebrachte Resolution:

Der Bundesauschuß steht der Gründung einer Akademie der Arbeit grundsätzlich wohlwollend gegenüber und ermächtigt die Kommission, an den weiteren Verhandlungen sich zu beteiligen.

Zugewilligen nehmen die einzelnen Verbände zu der Beteiligung an der Akademie bzw. auch der finanziellen Durchführung Stellung. Hierfür muß vorher die Ausbildungsbauer festgelegt werden.

Eine sehr ausgedehnte Aussprache entfesselte die Behandlung der Lohnpolitik der Verbände. Der Bundesvorstand hatte diese Frage auf die Tagesordnung gestellt infolge einer Beschwerde des Verbandes der Bergarbeiter darüber, daß die anderen Verbände bei ihrer Lohnpolitik zu wenig Rücksicht auf die Preisgestaltung der Kohle nähmen. Auch wünschte der Bergarbeiterverband, daß beim A. D. G. B. eine wirtschaftspolitische Stelle eingerichtet werde. Ferner hatte der Ortsauschuß Nürnberg zentrale Verhandlungen mit den Unternehmern wegen des Lohn- und Preisabbaues gewünscht. Bei dieser Gelegenheit machten die Vertreter der Verbände der Bergarbeiter und der Eisenbahner eingehende Mitteilungen über die gegenwärtigen großen Lohnbewegungen in ihren Berufen. Allgemein wurde gewünscht, daß der Bund sich für die Beteiligung dieser Bewegungen einsetzt, jedoch wurde auch die außerordentliche schwierige Lage der Bergarbeiter und der Eisenbahner allgemein anerkannt und der Regierung soll jeder Zweifel darüber genommen werden, daß der Ausschuß sich mit aller Kraft hinter diese Arbeitergruppen stellt.

Ferner wünschte der Bundesauschuß, daß der Bundesvorstand seine bisherige Vertretung im Reichsausschuß für Landwirtschaft beibehält, obgleich sie bisher nicht imstande war, das Steigen der Leuerung aufzuhalten. Immerhin gibt die Vertretung die Möglichkeit, sich über die wirtschaftlichen Verhältnisse zu unterrichten. Eine Verantwortung für die Tätigkeit dieses Reichsausschusses müsse der A. D. G. B. aber abnehmen. Im übrigen stellte der Ausschuß sich auf den Standpunkt, daß eine Mitwirkung des Bundes bei der Lohnpolitik der einzelnen Berufe nicht erfolgen solle. Diese müsse nach

wie vor Aufgabe der einzelnen Organisationen bleiben. In lebenswichtigen Industrien dürften entscheidende Schritte allerdings nicht ohne das Einverständnis der übrigen Arbeiterschaft erfolgen, die durch diese Maßnahmen in Mitleidenschaft gezogen werden können.

Scharf und entschieden nahm der Bundesausschuss Stellung gegen die Verordnung des Reichspräsidenten über Streiks in Betrieben, die die Bevölkerung mit Gas, Wasser und Elektrizität versorgen. In der Aussprache kamen gegensätzliche Meinungen überhaupt nicht zum Ausdruck, sondern es wurden nur Einsichten vorgebracht, die geeignet waren, die Zielsetzung noch zu verstärken. Einstimmig wurde folgende Entschließung angenommen:

Der Reichspräsident hat mit Zustimmung des Reichskabinetts am 10. November d. J. auf Grund des Artikels 48 Absatz 2 der Reichsverfassung eine Verordnung erlassen, durch die das Streikrecht in den Betrieben, die die Bevölkerung mit Gas, Wasser oder Elektrizität versorgen, unter Zwangsschlichtungsaustriffen gesteckt und strafrechtlich eingeschränkt wird. Der Reichstag hat am 30. November d. J. dieser Verordnung zugestimmt und ihre Aufrechterhaltung bis zur Einführung eines obligatorischen Schlichtungsverfahrens beschlossen.

Der Vorstand und Ausschuss des A. D. G. B. vertreten in bezug auf das Streikrecht in den genannten Betrieben den gleichen Standpunkt, den der 10. Gewerkschaftskongress 1919 in Nürnberg hinsichtlich des Streikrechts der Eisenbahner eingenommen hat. Er verkennt nicht die großen Schäden, die durch Streiks in solchen lebenswichtigen Betrieben für Wirtschaftsleben und Bevölkerung hervorgerufen werden und lehnt insbesondere wilde Streiks, die entgegen den gewerkschaftlichen Grundsätzen oder Satzungen geführt werden, in entschiedenster Weise ab.

Gleichwohl erheben Vorstand und Ausschuss des A. D. G. B. auch in diesem Fall Einspruch gegen jede auch nur vorübergehende Beseitigung des Streikrechts, das allen Arbeitern und Angestellten ohne Ausnahme zusteht. Sie vertreten auch hier den Standpunkt, daß Streiks nicht durch Verbote, sondern nur im Wege der Verständigung mit den gewerkschaftlichen Organisationen zu verhüten sind.

Die beiden gewerkschaftlichen Zentralvertretungen richten an die Reichsregierung das dringende Ersuchen, die auch mit den Bestimmungen der Reichsverfassung nicht zu vereinbarende Verordnung vom 10. November 1920 wieder aufzuheben. Sie protestieren nachdrücklich gegen ihre Aufrechterhaltung und Abänderung durch ein Zwangsschlichtungsgebot, das die Gewerkschaften ebenfalls stets bekämpft haben.

An die Arbeiter und Angestellten in den lebenswichtigen Betrieben richten Vorstand und Ausschuss des A. D. G. B. den Appell, ihre Interessen stets nur im Rahmen der gewerkschaftlichen Organisationen zu vertreten und sich nicht zum Schaden der gesamten Volkswirtschaft von unverantwortlichen Kreisen in wilde Streiks hineinziehen zu lassen.

Zu den Angriffen der von den Moskowitern geistig und zum Teil wohl auch noch etwas anders ausgehaltenen Kommunisten hatten schon vor der Ausschließung einige Gewerkschaften in recht scharfer Weise Stellung genommen. Unter den im Ausschuss versammelten Vorstandsvorstreitern herrschte natürlich volle Einmütigkeit darüber, daß hier nur eine entschiedene Abwehr am Platze ist. Die einstimmig angenommene Entschließung hat folgenden Wortlaut:

Die Moskauer „Kommunistische Internationale“ hat der Gewerkschaftsinternationale (Amsterdamer) Krieg und Vernichtung angefangt.

Unter der wahrheitswidrigen und unabweisbaren Behauptung, die mittel- und westeuropäischen Gewerkschaften seien samt ihren Landeszentralen „gelb“, ihre Führer vom „Brikkapital“ besessen“, wird eine Aktion eingeleitet, deren eingeschlagenes Ziel die Zerschlagung unserer in jahrzehntelanger Arbeit und unter schweren Kämpfen und Opfern aufgebauten deutschen Gewerkschaften ist. Die Gewerkschaftsmittelglieder sollen gemäß den Moskauer Thesen verpflichtet sein, die Betriebsräte und Gewerkschaften tatsächlich der Leitung der kommunistischen Partei unterzuordnen. Damit nicht genug, erwartet diese von ihren Parteigängern, daß sie ihre politischen Ziele höher stellen als die Form der Gewerkschaften und daß sie selbst vor einer Spaltung der Gewerkschaftsorganisationen nicht zurückweichen, wenn der Verzicht auf eine Spaltung gleichbedeutend sein würde mit einem Verzicht auf die revolutionäre Tätigkeit in den Gewerkschaften. Während die deutschen Gewerkschaften bisher als eines ihrer höchsten Güter das unbedingte Recht betrachteten, auf den Landeskongressen ihre Grundsätze selbst festzustellen, ihre Ziele selbst zu bestimmen, sollen sie also künftig dem Gebot von Personen und Körperlichkeiten unterworfen sein, die — ohne Kenntnis der jeweiligen Verhältnisse — rein doktrinar urteilen. Nicht das Proletariat würde diktieren, sondern obstruere Klauen würden eine Diktatur über das Proletariat ausüben.

Getreu ihrer Tradition und im Verfolg der Bestrebungen der internationalen Bewegung, insbesondere des letzten in London, bekunden die deutschen Gewerkschaften ihre Sympathie und Solidarität mit den Arbeitern aller Länder, nicht zuletzt mit dem Proletariat Russlands, dessen Leiden und Bestrebungen sie mit tiefer Anteilnahme beobachten. Sie glauben, daß der Anschluß der russischen Proletariat an die Amsterdamer Internationale die Kampfkraft der Arbeiterschaft der Welt stärken und auch den russischen Genossen wesentliche Vorteile bringen würde. Aus denselben Gründen aber sehen sich die deutschen Gewerkschaften energig gegen alle ihre eigene Autonomie und Bewegungsfreiheit gefährdenden Bestrebungen zur Wehr. Als eine solche Gefährdung betrachten sie die Bildung kommunistischer „Keimzellen“, bestimmt, die Gewerkschaften von innen auszuhöheln, sie den

Moskauer Thesen gefügig, in Wirklichkeit aber aktionsunfähig zu machen. Im Gegensatz zu unseren bewährten gewerkschaftlichen Methoden sollen diese „Keimzellen“ zudem Grundsätze befolgen (Anwendung von List, Schlaubeit, illegalen Methoden, Verschweigen, Verheimlichen der Wahrheit u. a.), die wir als unmoralisch und gewerkschaftsfeindlich mit aller Entschiedenheit ablehnen und bekämpfen.

Da die von Moskau anempfohlenen Tendenzen in hohem Maße die Einheit und Einheitslichkeit der Gewerkschaftsbewegung gefährden, die Arbeiterschaft in ihrer Schlagkraft lähmen, Verwirrung und Zerstückelung nach sich ziehen, so erklärt der Ausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes es als unabwendbare Pflicht der Verbände, diese zersetzenden Bestrebungen mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu bekämpfen. Mitglieder, die als einzelne oder in Verbindung mit anderen die heute mehr denn je notwendige Einheit der Gewerkschaften schwächen, schädigen deren Position gegenüber dem Kapital, verstoßen darum gegen die gewerkschaftlichen Grundsätze und stellen sich außerhalb des Rahmens der Verbände. Die Konsequenzen aus einem solchen Verhalten ergeben sich damit von selbst.

Der Ausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes warnt darum im Interesse der gewerkschaftlichen Organisationen vor der Propaganda der Moskauer Tendenzen. Er richtet an die Mitglieder der angeführten Verbände die erste Mahnung, den bewährten Grundsätzen der deutschen Gewerkschaften treu zu bleiben und allen Verlockungen, Zwietracht und Uneinigkeit in die Mitgliederreihe zu tragen, mit entschlossener Tatkraft entgegenzuwirken.

(Schluß folgt.)

## Nicht Moskau, sondern Amsterdam

„Wenn es sich um die eigenen Klasseninteressen handelt, ist auch der Kampf mit vergifteten Waffen erlaubt.“

Lenin.

In Moskau, der internationalen Weltstadt der Weltrevolution, herrscht wieder mal Großbetrieb. Große revolutionäre Dinge stehen bevor. Im Mai 1921 soll in Moskau der erste Kongress der roten Gewerkschaftsinternationale stattfinden. Sinowjew, der größte Demagog aller Zeiten und Länder, der mit einem wahrhaft verbergschütternden Zynismus in die Arbeiterschaft Westeuropas den Bruderkampf bis zur Selbsterhaltung einfach hat, hat alle Hände voll zu tun, damit die Regie bei dieser ersten Zusammenkunft der internationalen kommunistischen Gewerkschaftsorganisierer gut klappt. Als Vorbild hierzu fand er vor kurzem in Moskau eine Konferenz von Vertretern der kommunistischen Keimzellen.

Auch Berlin hat einen graphischen Keimzellenvertreter nach Moskau auf die Wallfahrt geschickt, d. h. nicht etwa offiziell, sondern von der Wildherheit, soweit sie die alt- und neukommunistischen Couleurfarben trägt. Außerdem steht aber auch die faktisch bekannte, jetzt stramm kommunistische „Propagandabonifikation für das Sowjetjehstem“, früher „Rätejehstem“, seit kurzem mit Moskau in ständiger Verbindung. Dieses „welterschütternde Ereignis“ wurde von dem nicht minder bekannten Kollegen Krummrei in seiner Eigenschaft als Keimzellenvertreter in der letzten Mitgliederversammlung seiner verächtlich zuhörenden Anhänger in gebührender Ehrfurcht zur Kenntnis gebracht. Ebenfalls eröffneten sich aus dieser „angenehmen Verbindung“ mit dem revolutionären Moskauer Weltzentrum für unsere Jahrestelle, die ja schon längst ihren „revolutionären Reisegrab“ bewiesen hat durch die Schnellfabrikation und prompte Annahme aller radikal filztesten Resolutionen, deren Länge man für die Zukunft nur noch mit der Elle wird messen können, die schönsten Aussichten.

Dann der geschätzten Kullienarbeit gewisser alt- und neukommunistischer Experimenteure befindet sich unsere Berliner Jahrestelle wieder mal in einem revolutionären Preisungszustand. Wie weit die kommunistische „Revolutionierung“ unserer Jahrestelle bereits vorgeschritten ist, konnte jeder vorurteilslose Besucher unserer letzten Versammlung selbst feststellen. Zielbewußt wird schon in Berlin Kunst- und sachgemäß nach den bekannten Moskauer Methoden, d. h. mit List und Schlaubeit, durch „Verschweigen der Wahrheit“ (auf deutsch mit Lügen), mit „revolutionären Stoßtrupps“ und Versammlungsterror gearbeitet und die Volkshewisierung unserer Berliner Jahrestelle gründlich vorbereitet. Als den spiritus rector all dieser Moskauerereien dürfte man nicht mit Unrecht den geschickten mit allen Mitteln der künstlichen Stimmungsmaße arbeitenden und genauen Versammlungsregisseur Kollegen Krummrei anzusprechen haben. Einen wertvollen Helfer bei seiner sog. „Aufklärungsarbeit“ in der Berliner Versammlung hat dieser unverwundliche Optimist, welcher der kapitalistischen Entwicklung immer ein paar revolutionäre Maschenlängen voraus eilt (siehe seine Thesen vom „aufzubrechenden Kapitalismus“), in dem Kollegen Wolter gesucht und gefunden. Kollege Wolter, welcher im Jahre 1917 in unserer Organisation zum ersten Mal das Licht der Welt erblickte, um gleich nach der Revolution, wie so viele feinesäugigen, als neuer Kommet von unbekannter Größe am Berliner Versammlungshimmel zu erstahlen, sieht konsequent auf dem Boden des Klassenkampfes. Seine Spezialität ist es, in den Berliner Versammlungen den nationalen und internationalen Kapitalismus totzureden. Was ihm um so leichter fällt, da er seit seinen allzu großen gewerkschaftlichen Kenntnissen und Fähigkeiten belastet ist. Was ihn aber durchaus nicht abhält, mit souveräner Mißachtung auf all die Kollegen herabzulucken, die in jahrzehntelanger rastloser Organisationsarbeit dazu beigetragen haben, daß Kollege Wolter beim Eintritt in unsere Organisation das warme Rep vor-

stand, in welchem er sich jetzt so wohl fühlt. Stimmenerregend ist die Anpassungsfähigkeit des Kollegen Wolter an die jeweiligen Situationen. Seine allgemeinen Anschauungen und Grundsätze — von gewerkschaftlichen vor bisher selber sehr wenig zu merken — sind sehr heftig dem Wandel der Zeiten und dem Wechsel der Mode unterworfen. J. B. im vorigen Jahre noch mit einer wahren Verfechterrolle für das „unverfälschte Rätesystem“ kämpfend, macht er heute in Ehrfurcht erwerbend vor den Moskauer Spaltungspapst seine größten Rückenbeugungen, um uns schließlich im nächsten Jahre wieder mit einer neuen „Parole“ zu überraschen. Denn die „revolutionäre Entwicklung“ dieses Kollegen ist allem Anschein nach noch lange nicht abgeschlossen.

Derartige Charakterfiguren, denen jede Kenntnis der deutschen Arbeiterbewegung fehlt, fühlen sich nun dazu berufen, die Gewerkschaften mit neuem Geist zu erfüllen. Wie lange will sich die Berliner Arbeiterschaft die „geistige Knäupung“ dieser mit Größenwahn und Eitelkeit nicht so früh behafteten Gewerkschaftsbildetanten noch gefallen lassen?

Bei den Wahlen zum Ortsvorstand wird sich endlich die Gelegenheit bieten, den Vorstand wie überhaupt die ganze Ortsverwaltung von allem etwa vorhandenen Ballast und allen überflüssigen Bestandteilen gründlich zu säubern. Bei diesen Wahlen hat es die Berliner Arbeiterschaft in der Hand, in diesen neuen Vorstand nur Kollegen hinein zu wählen, die auf dem Boden einer klaren sozialistischen Weltanschauung stehen, die über die nötige gewerkschaftliche Schulung verfügen und durch ihre langjährige Verbandszugehörigkeit die Garantie dafür bieten, daß sie mit unseren beruflichen und organisatorischen Verhältnissen gründlich vertraut sind. Es war deshalb mal notwendig, der besseren Orientierung halber, mit ein paar kurzen Strichen ein paar charakteristische Vertreter jener Richtung zu kennzeichnen, die allem Anschein nach die beste Aussicht haben, auch für die Zukunft wieder der Berliner Jahrestelle ihren geistigen Stempel aufzudrücken. Noch dazu, wo die Vertreter dieser zwei entragelte bedingungslose Anhänger der Moskauer Richtung sind, denen, nebenbei bemerkt, jede Kenntnis von den Vorbedingungen des proletarischen Freiheitskampfes fehlt. Trotzdem aber sind sie nach Kräften befreit, durch ihre kommunistisch-konfusionsmäßige Propaganda die Berliner Jahrestelle reich zu machen für den Anschluß nach Moskau.

Zu der letzten Mitgliederversammlung wurde von der Richtung Krummrei-Wolter der Antrag gestellt und auch angenommen, in der nächsten Versammlung über die Frage: Amsterdam oder Moskau? zu entscheiden. Nichts wird die Richtung Krummrei-Wolter unversucht lassen, daß die Entscheidung in dieser Frage zugunsten ihrer „kommunistischen Waffenpartei“ (bei der nur noch die Massen fehlen!) ausschlägt. Bis auf den letzten Mann werden sie wieder ihren „revolutionären Stoßtrupp“ aufbieten, um recht viele Stimmen auf ihre Revolution zu vereinen. Verdamnte Pflicht und Schuldbigkeit aller Kollegen und Kolleginnen, soweit sie sich noch ein gesunds Urteilsvermögen bewahrt haben, ist es, in dieser Versammlung ebenfalls zu erscheinen und den alt- und neukommunistischen Katastrophopolitikern einen dicken Strich durch ihre Rechnung zu machen.

Amsterdam oder Moskau? Bei dieser Frage muß es sich entscheiden, ob der deutsche Gewerkschaftsblock auch für die Zukunft fest und unerschütterlich als ebenes Wahrzeichen der Klassenbewußten Arbeiterschaft seine alte Macht und Stärke behaupten wird oder ob es tatsächlich den auf Befehl Moskaus arbeitenden Elementen gelingen wird, „taumelnde mit Sprengpulver gefüllte Wäpfler“ in den deutschen Gewerkschaftsblock zu treiben, um diesen auseinander zu sprengen“, wie sich die kommunistischen Zerstörungspolitiker a la Däumling öffentlich gebrüht haben. Diese Frage wird ein erster Prüfling sein für den gewerkschaftlichen Reifegrad der deutschen Arbeiterschaft. Jedenfalls haben wir gar keinen Grund, aus dem internationalen Gewerkschaftsbund, dieser proletarischen Kampfgenossenschaft, welche 16 Millionen klassenbewußter Arbeiter in 18 Ländern umschließt, auszutreten, noch dazu, uns erst kürzlich auf dem Kongress in London klar und deutlich die Notwendigkeit des verschärften Klassenkampfes zwecks Beseitigung des kapitalistischen Ausbeutungssystems zugunsten der sozialistischen Gesellschaftsorganisation erkannt wurde. Nichts kann uns zwingen, uns der sog. roten Gewerkschaftsinternationale in Moskau anzuschließen, deren ganze Stärke darin besteht, daß sie ihre Schwäche hinter bombastischen, phrasengefüllten, schwerverdaulichen Proklamationen an das Weltproletariat zu verbergen sucht. Nach den Ausführungen Brandlers auf dem Parteitag der A. D. G. B. soll diese rote Gewerkschaftsinternationale nur das Sammelbecken all jener Elemente sein, die innerhalb ihrer Gewerkschaften mit ihrer Gewerkschaftsbürokratie unzufrieden sind. Also eine „Internationale der Unzufriedenen“. Siernach kann man sich schon im voraus ein plattisches Bild von den einzelnen Bestandteilen dieser roten Internationale machen. Zu dieser Internationale haben nur die Elemente Zutritt, die schon seit langem mit „List und Schlaubeit“ am Werke sind, um durch die irreführenden Parole „Kampf gegen die Gewerkschaftsbürokratie“ die Gewerkschaften ins kommunistische Fahrwasser zu leiten. Denn letzten Endes ist die kommunistische „Revolutionierung der Gewerkschaften“ weiter nichts als ein ganz gewöhnlicher parteipolitische Kampf um die Gewerkschaftsposten. Mit „Bündelung und Sprengpulver“ sollen die jetzigen Gewerkschaftsfunktionäre von ihren Posten „weggeprengt“ werden, um die freigewordenen Stellen sofort mit astreinen Kommunisten zu besetzen. Reumant von der kommunistischen Münzstrafzentrale seligen Angebens war so eprlich oder dumm genug, dies öffentlich auszusprechen. Der Schlüssel der kommunistischen „Umformung der Gewerkschaften“ wäre der, daß an Stelle der jetzigen „Reinblutgerichten“ E. B. D. oder U. E. B. D. Jungen lauter skramme A. B. D. Jungen an der Futterrippe sitzen würden. Nur mit dem kleinen

Unterschied, daß die bisherigen Bonzen bei ihrer gewerkschaftlichen Tätigkeit streng im Rahmen der Verbandssatzungen arbeiten mußten. Sie standen ständig unter Kontrolle der Mitglieder, denen sie für die Durchführung der von der Gesamtheit gefassten Beschlüsse voll verantwortlich waren. Während die neuen Gewerkschaftsführer von der kommunistischen Falschheit gezwungen wären, ihre ganze gewerkschaftliche Tätigkeit — soweit man überhaupt von einer solchen sprechen könnte — streng nach den Direktiven und Richtlinien auszuführen, wie sie ihnen von außerhalb unserer Organisationsinstanzen vorgezeichnet werden, so daß der nicht kommunistisch gesinnte, selbständig denkende Teil der Mitglieder nichts mehr zu sagen hätte. Womit wir glücklich den kommunistischen „Idealzustand“ erreicht hätten, wie er in den russischen Gewerkschaften schon seit langer Zeit herrscht. Dort haben nämlich die Gewerkschaftsmitglieder auch „nix zu jagen“!

Ein kurzer Auschnitt aus den russischen Gewerkschaftsverhältnissen, unter Benutzung russischer Quellenmaterialien, wird dies bestätigen. Die Grundform der russischen Gewerkschaften sind die Industrie- oder Produktionsverbände. Diese Produktionsverbände sind staatsliche bürokratische Zwangsorganisationen, wenn es auch offiziell nicht zugegeben wird. Aber Tatsache ist, daß die Industriearbeiter einfach ihrem Industriebetrieb zugewiesen werden. Vorsitzhaber wird ihnen, damit sie auch ihrer Organisation, die „Treue“ halten, der Verbandsbeitrag gleich vom Lohn abgeschrieben. Den Gewerkschaften ist jede Selbständigkeit genommen. Der Vorsitzende wird von der Regierung ernannt. Gewerkschaftsverwaltungen, die keine kommunistische Mehrheit haben, werden einfach aufgelöst oder, wie bei den Buchdruckern, einfach ins Gefängnis gesteckt. Denn in Rußland dürfen die Arbeiter nur eine Überzeugung haben, und das ist die von Lenin wegen vorgeschriebene kommunistische. Jede andere wird brutal unterdrückt. Die Tarife werden von den Gewerkschaften zusammengefaßt und dann von dem Zentralkomitee und den Gewerkschaften festgelegt. Sie müssen dann aber noch vom Arbeitsministerium, das von Vertretern der Gewerkschaften und den Inspektoren der Arbeit zusammengesetzt ist, welche letztere wiederum von den Gewerkschaften gewählt werden, genehmigt werden. Wenn das Arbeitsministerium nicht zustimmt, kommen die Tarifanträge noch einmal vor den Zentralkomitee, um dann nochmals vom Zentralkomitee und Arbeitsministerium gemeinschaftlich durchberaten zu werden. Sind beide Instanzen sich einig geworden, dann endlich erhalten die Tarife Gesetzeskraft. Dieht man nun in Betracht, daß alle diese Instanzen unter schärfstem kommunistischem Regierungszwang im öffentlichen Wahlverfahren gewählt werden, damit nur „zuverlässige Elemente“ in diese Körperlichkeiten kommen, dann kann man sich ungefähr einen Begriff davon machen, wie das Mitbestimmungsrecht der russischen Industriearbeiter in der Praxis aussieht.

Eine halbwegs zuverlässige Statistik über den Mitgliederbestand der russischen Gewerkschaften scheint überhaupt nicht vorhanden zu sein. Nach Aussagen des russischen Gewerkschaftsführers Losowski soll ein Statistiker, „der kein Kommunist sei“, festgestellt haben, daß es in Rußland sechs Millionen gewerkschaftlich organisierte Arbeiter gebe. Diese Statistik hat aber nur den Fehler, daß sie auf Grund von Unterlagen angefertigt wurde, die noch aus dem Jahre 1918 stammen, wie Losowski ehrlicherweise selbst zugibt. Will man wissen, wieviel Arbeiter die russische Industrie zurzeit überhaupt beschäftigen kann, um hieraus wenigstens ungefähr die Stärke der russischen Gewerkschaften ermitteln zu können, so muß man schon das offizielle Organ des Volkswirtschaftsrates, die „Economichestaja Sibile“, zu Hilfe nehmen. In diesem Organ teilt V. Rykoff, Vorsitzender des Volkswirtschaftsrates, mit, daß unter den gegebenen Verhältnissen die ganze russische Industrie nur etwa 600—700 000 Arbeiter beschäftigen könne, und das tragischste sei, daß die russische Industrie auch diese Anzahl der für sie notwendigen Arbeitskräfte nicht finden könne“. Also nicht einmal die 600—700 000 notwendigen Arbeitskräfte welche die russische Industrie braucht, sind auszureichen. Hiernach zu urteilen dürfte es wohl nicht zu hoch gegriffen sein, wenn man den Gesamtmitgliedsbestand der russischen Gewerkschaften, soweit die Industriearbeiter in Frage kommen, auf circa 500 000 Mann schätzt. Dieht man nun weiter in Betracht, daß der größte Teil dieser Gewerkschaften aus Zwangsorganisationsverbänden besteht und berücksichtigt man, daß es vor dem Kriege in Rußland 12 000 vollbeschäftigte Großbetriebe gab, während es jetzt nur noch 21 Großbetriebe sind, so bekommt man erst einen richtigen Begriff von der ganzen Bedeutungslosigkeit der russischen Gewerkschaften und von dem traurigen Zustand des ganzen russischen Industrie- und Wirtschaftslebens.

Ist es nicht der reine Wahnsinn, wenn die Moskauer Diktator auf diese paar hunderttausend Mann, welche bestenfalls die russischen Gewerkschaften repräsentieren, ihre sogenannte rote Gewerkschaftsinternationale aufbauen wollen, um durch dieselbe die internationaler Interessens, diesen gewaltigen 26 Millionenblock, zu brechen? Wäre es nicht lächerlich, wenn die russischen Gewerkschaften mit ihren „paar Männchen“ sich mit den 26 Millionen vereinigen würden? Oder bilden sich tatsächlich die Moskauer Päpste ein, die 26 Millionen können wie auf Kommando zu ihnen rübermarschieren? Dieselben russischen Gewerkschaften- und Parteiführer aber, die auf gewerkschaftlichem Gebiete überhaupt noch keine praktischen Erfahrungen gesammelt haben und noch nicht sammeln konnten, weil sich die russischen Gewerkschaften noch im ganz primitiven Urzustand befinden, erst am Anfang ihrer Entwicklung stehen, dieselben Leute wollen die deutsche, die englische, überhaupt die ganze westeuropäische Arbeiterbewegung, die zum Teil eine mehr als 60jährige Kampf- und Entwicklungsperiode hinter sich hat, revolutionisieren und umformen“. Dieselben kommunistischen Partei- und Gewerkschaftsführer,

die von Moskau aus das ganze Proletariat kommandieren möchten, und die aus der deutschen Gewerkschaftsbewegung noch lobtel lernen könnten und mühten, dieselben Herrschaften verfassen sogenannte „gewerkschaftliche Thesen“, um der kulturell und geistig hochentwickelten deutschen Arbeiterschaft erst sozuzulagen die richtigen gewerkschaftlichen Begriffe beizubringen.

Wir lehnen die russischen Vorschläge, soweit sie uns gewerkschaftliche Ratsschläge erteilen wollen, rundweg ab. Die Moskauer Diktatoren, die die ganze Welt über den russischen Leisten schlagen möchten, die selbst alle Hände voll zu tun hätten, um für ihre halbberühmten und freierden Volksgenossen erträglichere Lebensbedingungen zu schaffen, die haben aufeinander nichts wichtigeres zu tun, um mit Hilfe ihrer alt- und neukommunistischen An- und Nachbeter die so hochentwickelte deutsche Gewerkschaftsbewegung in Grund und Boden zu revolutionisieren. Künstlich wird jetzt versucht, durch die von den kommunistischen Elementen gewaltfam aufgeworfene Frage: „Amsterdamer oder Moskau?“ auch in den deutschen Gewerkschaften den alles zerstörenden Bruderkampf zu entfachen, d. h. wenn die deutschen Gewerkschaften sich das gefallen lassen. Darum, Kollegen und Kolleginnen, erhaltet euch die einzige Waffe die ihr noch im Kampfe gegen das kapitalistische Ausbeutertum besitzet scharf und scheidet. Tretet Kraftvoll ein für die Einheit und Geschlossenheit unserer Arbeiterschaft. Laßt Moskau den Moskauer! Wir gehen nicht nach Moskau!

Paul Vanselew - Berlin.

## 2 2 2 Gantag im Gau I 2 2 2

Auf der am Sonntag, den 5. Dezember in Köln stattgefundenen Tagung waren 27 Zuhörer durch 34 Delegierte vertreten. Außerdem der Gauvorstand durch den Gauvorstand. Von Seiten der Zentrale war der 2. Vorsitzende, Kollege Hornik, erschienen. Als Gäste wohnten der Gauvorsitzer der Buchdrucker, Kollege Bertram, sowie der Vorsitzende des Graphischen Kartells, Kollege Dietrich, der Konferenz bei. Auch der frühere Gauleiter unseres Gaues, Kollege Krumpert, war erschienen. Kollege Vell, der die Tagung vormittags 10 Uhr eröffnete, betonte einleitend, daß dieser Gantag in erster Linie einberufen worden sei, um allen Zuhörern eine einheitliche Linie über das Gesamtgebäude des Reichstarihs zu geben und die Delegierten in die Lage zu setzen, ein objektives Bild der Mitgliedschaft für die Urabstimmung zu übermitteln. Darauf sprach Kollege Hornik über das Reichsabkommen. Eingehend schilderte er die Verhältnisse, die im Laufe der Jahre zu einem Reichstarihs-Abschluß gedrängt haben. Er gab eine gründliche Darstellung der Schwierigkeiten, die die Hilfsarbeiterbetriebe bezüglich der Verhandlungen vor dem Tarifabschluß hatten. Daran schloß sich eine Würdigung der Verbesserungen, die durch den Abschluß des Reichstarihs erzielt wurden. In der Diskussion wurde von allen Seiten betont, daß der Reichstarihs für die Gesamtheit des Hilfspersonalis schätzbarste Vorteile bringe.

Es erfolgte dann der Bericht des Kollegen Vell über die am 1. Dezember abgeschlossenen Verhandlungen für eine Sonderzulage für den Gau I. In Hand der bis dato bestehenden Verhältnissen in der Vielzahl der Orte wies Nebner nach, welche Steigerung der Löhne an einzelnen Orten durch dieses Abkommen erfolgt. Gab es doch eine Anzahl Orte, in denen bisher eine Sonderzulage für das Hilfspersonal überhaupt nicht erfolgt war. Einestheils aber durch die Schuld der horigen Kollegenchaft bzw. Ortsleitungen, die es nicht für nötig erachteten, den Gauleiter trotz verschiedener Aufforderungen von den herrschenden Verhältnissen zu berücksichtigen. In der Diskussion wurde die Abmachung als ein Erfolg anerkannt, den man nicht zu gering einschätzen dürfe.

Sodann folgte am Hand des vorliegenden Kasfenberichts eine Darstellung der Verhältnisse der Gantafse. Nach gründlicher Aussprache wurde einstimmig beschlossen, den Gantebiet pro verkaufte Marke im Quartal von 3 Pf. auf 10 Pf. zu erhöhen. Verschiedene Nebner betonten die Notwendigkeit der Durchführung dieser Maßnahme im Interesse einer geordneten Geschäftsführung innerhalb des Gaues.

Genso wurde die Einführung der Listenabrechnung ab 1. Januar 1921 beschlossen, da das jetzige Abrechnungsverfahren eine genaue Kontrolle nicht zuließe.

Die durch Einführung einer Gantartothilfe erforderlichen Kartothelfellen sollen von der Gauverwaltung beschafft werden und die Kosten im Umlageverfahren von den einzelnen Zuhörern gedeckt werden.

Es erfolgte sodann noch eine Anzahl von Anfragen, die mehr oder minder befriedigend beantwortet wurden.

Nach Erledigung eines Antrages der Zuhörer, den Vell, einen Fehlbetrag in Höhe von 100 Mk. auf die Gantafse zu übernehmen, schloß Kollege Vell um 5 Uhr die Tagung mit dem Hinweis, daß es trotz der kurzen zur Verfügung stehenden Zeit gelungen sei, ein großes Stück sachlicher Arbeit zu leisten. Indem er allen Delegierten und Gästen den Dank für ihr Erscheinen aussprach, gab er der Fassung Ausdruck, daß es allen Beteiligten vergönnt sein möge, die gemachten Erfahrungen praktisch zu verwerten.

## 2 2 2 Aus unseren Zuhörern 2 2 2

Kugsburg. In einer sehr gut besuchten Versammlung am 30. November 1920 nahm das hiesige Buchdrucker-Hilfspersonal Stellung zum Reichstarihs. Nach einem eingehenden Referat unseres Gauleiters, Kollegen Nebner, der die Vorteile des Tarifes insbesondere für die Bindungsabte hervorhob, sprach unser Vorsitzender Kollege Bartz. Er ersuchte alle Kolleginnen und

Kollegen, bei der Urabstimmung einmütig für die Annahme des Reichstarihs zu stimmen und warnte die Kollegenchaft, sich von den christlichen Gewerkschaften einspannen zu lassen, die nunmehr versuchen werden, Mitglieder von uns abzuwerben zu machen, nachdem der christliche Verband mit seinen 175 Mitgliedern in ganz Deutschland leider auch Contrahent des Reichstarihs ist. Der Dank für endliche, von den Kollegen längst ersehnte Herbeiführung eines Reichstarihs gebühre der zielbewußten Arbeit des Hauptvorstandes und der Gauleitung, die den Hauptvorstand kräftig unterstützte. Die Anwesenden nahmen die Ausführungen des Gauleiters Kollegen Nebner und unseres Vorsitzenden Kollegen Bartz mit größtem Interesse entgegen. Bei der Urabstimmung ist die hiesige Kollegenchaft einstimmig für den Reichstarihs eingetreten.

Dresden. Am 29. November sprach Kollege Hornik Berlin in einer Versammlung des Buchdrucker-Hilfspersonalis über den Reichstarihs für Buch- und Zeitungsdrucker-Hilfspersonal. In einstuündigem Vortrag führte er den Anwesenden die Einzelheiten desselben vor Augen. Seine Ausführungen bewegten sich in dem Sinne, daß wohl durch den Reichstarihs nicht alle Wünsche erfüllt werden konnten, daß aber immerhin nicht nur ein moralischer Erfolg für die Allgemeinheit der Mitglieder, sondern auch ein finanzieller für einen großen Teil derselben erzielt worden sei. Letzterer sei auch für einen großen Teil der Dresdner Mitgliedschaft, mit Ausnahme der Zeitungsdrucker, zu vergleichen. Er bat, bei der Abstimmung über diesen Tarif, dieses zu beachten, im übrigen aber möge jedes Mitglied nach seiner Überzeugung abstimmen. In der hierauf folgenden Aussprache wurden verschiedene Anfragen in Bezug auf die Auslegung des Tarifes an den Vortragenden gestellt. Kollege Herrmann behauptete zunächst das geringe Interesse der Dresdner Buchdruckerkollegenchaft, was durch Nichterscheinen in dieser wichtigen Versammlung zum Ausdruck kommt. Er ging dann nochmals auf die Vorgeschichte des Tarifes ein und erklärte, daß analog der Stellung der Dresdner Delegierten auf dem letzten Verbandstag eine Zustimmung zu dem ausgearbeiteten Tarif seitens der Mitgliedschaft eine logische Folge sein müsse. Man solle dieses Abkommen als eine Etappe zur Stärkung unserer Reihen und zur Verbesserung der Lebenslage im Lohne zurückgebliebener Mitgliedschaften betrachten. Selbst auf die Möglichkeit hin, daß ein Teil Dresdner Mitglieder finanziellen Vorteil von der Tarifseinführung momentan nicht haben sollte, sei zu beachten, daß die Mitgliedschaften in den Großstädten mit vorgeschrittener Entlohnung dafür zu sorgen haben, daß zurückgebliebene Orte in derselben nachgeholt werden, um zu verhindern, daß die Arbeiter dorthin wandern. Im Schlußwort beantwortete Kollege Hornik die ihm gestellten Fragen.

Nürnberg-Fürth. In einer am 7. Dezember im Gewerkschaftshaus stattgefundenen Mitgliederversammlung sprach unser Verbandsvorsitzender Kollege Fuder über den Reichstarihs für das Buchdrucker-Hilfspersonal und unsere Aufgaben im Steindruck. In ausführlicher Weise, gestützt auf gründliche Kenntnis des gesamten Stoffes, verwies er eingangs seiner Ausführungen auf die Tarifverhandlungen im Vorjahr, gegen die von beiden Extremen, den Brodingprinzipalen und den oppositionellen Kollegen, Sturm gelaufen wurde. Die Art unseres Vorgehens in den einzelnen Druckorten brachte die Prinzipale zu der Überzeugung, daß auch hier nur ein Reichstarihs die notwendige Ruhe im Gewerbe sichert. Die Beschlüsse des Frankfurter Verbandstages zur Tariffrage anführend, besprach er die Verhandlungen mit den Schiffsverändern über einen Manifestarihs. Die Erhöhung der Feuerungszulagen war für uns das dringende Gebot der Stunde. Die Schwierigkeit der Verhandlungen wurde an verschiedenen Beispielen aufgezeigt und auch die Möglichkeiten bei Herbeiführung eines Schiebspruches durch das Reichsarbeitsministerium reichlich erwogen. Die Einigung erfolgte dann auf der Grundlage der Altersstaffelung. Auch die Höhe der neuen Feuerungszulagen und die lange Befristung hat bei einem Teil der Schiffs- und Hilfsarbeiter Unstimmigkeit hervorgerufen. Bei Beurteilung des neuen Tarifes, der ein Bestandteil des Schiffsentarihs ist, muß auch der flauere Geschäftsgang, der im graphischen Gewerbe herrscht, berücksichtigt werden. Die von den Prinzipalen gestellten Anträge, die nach der Natur der Interessensgegenstände Verschlechterung bedeuteten, wurden in ihrer Wirkung auf das Hilfspersonal, z. B. bei der geplanten Akkordarbeit in den Maschinenfabriken, erläutert. Es gelang, alle beantragten Verschlechterungen der Prinzipale abzuwehren und wenn auch nicht alle Forderungen durchgebrochen wurden, so bringt uns der neue Tarif doch wesentliche Verbesserungen. Vor Jahren wurden wir von den Prinzipalen nur als ungelernete, sofort erkennbare Arbeiterkategorie betrachtet und in geselligen Gegenlag zu den Schiffs gestellt. Von diesem Standpunkt sind die Unternehmer infolge der Stärke unserer Organisation abgekommen und der Unterschied von ungelerneten und geübtem Hilfspersonal anerkannt. Das ist der Erfolg eines zehnjährigen, 14 Jahre langen Kampfes und nur durch die Befestigung des Lohnverhältnisses entsteht eine gewisse Fesslung an den Beruf, wird eine Minderung der Inflation bewirkt. Bei Beurteilung der Lohnsätze müssen die bisherigen Verhältnisse in den „tariffreien“ Orten mit den Sätzen des Reichstarihs verglichen werden und es liegt besonders im Interesse der Großstädte, daß dadurch die Abwanderung der Druckaufträge einbüßt und ein Ausgleich geschaffen wird. Gegen die Verschlechterung bisher günstiger Verhältnisse wurden genügende Sicherungen geschaffen. Der Aufbau des Grundlohnes und der beweglichen Feuerungszulagen wurde im Einzelnen kargelegt. Obwohl die Höhe bis 31. März 1921 Willkür hat, so wird es bei Verschlechterung der Lebensbedingungen schon vor diesem Zeitpunkt als nötig sein, in neuerliche Verhandlungen einzutreten. Einen großen Fortschritt gegen die vorjährigen Abmachungen bedeutet der Grundlag, wo-

nach der Reichstaxi für jeden Ort und jede Druckerei Gültigkeit hat, von der Gehilfenliste anerkannt ist. Als Bestimmungen für die Gehilfen, die für das Hilfspersonal nicht besonders festgelegt sind, kommen auch uns zugute, so z. B. die Zulassung für Nachtarbeit. Auf die große Bedeutung des Jugendchilfes muß bei dieser Gelegenheit verwiesen werden. In der Ferienfrage und der Entschädigung bei Kurzarbeit ist die zentrale Regelung der ersten, bei der Wirtschaftlichkeit des Ferienausmaßes, das bisher bestand, ein großer Vorteil und die zweite Frage, die sich oft zur Streitfrage auswuchs, findet für die kurze halbjährige Lebensdauer eine glückliche Lösung. Soll der Tarif richtig durchgeführt werden, so dürfen wir nicht die Hände in den Schoß legen, sondern müssen darüber wachen, denn manche Prinzipale werden versuchen, sich um die Zahlung herum zu drücken. Alle müssen mitarbeiten, denn mit der Beitragszahlung sind die Pflichten des Einzelnen noch lange nicht erfüllt. Der Tarif ist nicht von und für die Allgemeinheit abgeschlossen sondern es ist ein Organisationsvertrag und nach der Anerkennung durch die Prinzipale besteht für Nichtorganisierte kein Rechtsanspruch auf tarifliche Entlohnung. Durch die Urabstimmung hat jedes Mitglied Gelegenheit, sein Urteil abzugeben. Möge die Kollegenchaft sich der großen Verantwortung und Tragweite bewußt sein. Uebergehend auf die Verhältnisse im Stein- und Buchdruck besprach Kollege Bucher die Wandlung, die nach der Revolution bei den Stein- und Buchdruckern eingetreten ist. Dadurch sicherte man sich die Ruhe im Betriebe und konnte an den Wiederaufbau des darniederliegenden Gewerbes gehen. In den meisten Orten ist auch eine tarifliche Regelung für das Hilfspersonal erfolgt. Die Lohnunterstützung im Stein- und Buchdruck sind zum großen Teil auf die früheren schlechten Organisationsverhältnisse zurückzuführen, sowie auf die Stilllegung vieler Betriebe während des Krieges. Die Berliner Verhältnisse im Stein- und Buchdruck sind für einen Reichstaxi hätten nur den Unternehmern Vorteile gebracht. Bei Verteilung der Lohnfragen im Stein- und Buchdruck müssen in Zukunft die Verhältnisse im Buchdruck richtunggebend sein und die Grundlage bilden. Die zum Teil großen Unterschiede in den verschiedenen Stein- und Buchdruckern drängen nach einer Abänderung. Wenn auch der Gehaltsanspruch im Stein- und Buchdruck nicht befriedigend ist, so muß es uns doch mit der Zeit gelingen, die Anpassung der Löhne an den Buchdruck zu ermöglichen. Bezüglich der Beifall dankte dem Verbandsvorsitzenden für seine gründlichen Ausführungen. Unter Verbandsangelegenheiten besprach Kollege Nestling die Auswirkung der Reichstaxiföhne für die hiesige Kollegenchaft und die damit verbundenen Verbesserungen. Die Altersstaffelung bei den Kollegen bedeutet gegen die bisherige Abstufung eine Verringerung, ebenso bei den Kollegen, wo neben zwei Altersklassen (unter und über 18 Jahre) noch eine dreifache Abstufung der Maschinengröße bestand. Unter Ausföhrung von Beispielen aus einigen nordhessischen Zastellen wurde der Vorteil des Reichstaxiföhne für die Provinzkollegenchaft zahlenmäßig nachgewiesen. Beim letzten Abschluß im Stein- und Buchdruck müssen die besonderen Verhältnisse der Gehilfen berücksichtigt werden, von denen nur die Verheirateten und die mit eigenem Haushalt eine neue Zulagenzulage erhielten. Demgemäß sollte auch beim Hilfspersonal nur den verheirateten Kollegen die Gehilfenzulage von 15 Mark pro Woche und den Kollegen mit eigenem Haushalt, 7,50 Mk. gegeben werden, während das übrige und ledige Hilfspersonal leer ausgehen sollte. Das Angebot der Unternehmer ersüht in der Versammlung einstimmige Ablehnung und wir wandten uns an das in unserem Abkommen mit dem Arbeitgeberverband vorgesehene Preisfestsetzungsgericht. Auch hier kam es nicht zur Einigung und nach einer weiteren Kommissionsverhandlung gelang es uns, für das gesamte weibliche Maschinenpersonal und die ledigen Kollegen eine Zulage von 6 Mk. für die Sozialauflegerinnen und sonstige Hilfspersonal sowie für Jungen und Mädchen unter 16 Jahren eine solche von 3 Mk. pro Woche, zahlbar ab 13. November, zu erreichen. Auf verschiedene Anfragen wegen Gewährung einer Weihnachtsunterstützung an arbeitslose Mitglieder wurde vorgeschlagen, von der Ausgabe von Sammelkarten abzusehen und die Festsetzung eines Betrages der Verwaltung zu überlassen. Von Kollegen Bucher hatten wir inzwischen erfahren, daß auch der Verbandsvorsitzende den Arbeitslosen eine Weihnachtsfreude bereitet. Voraussetzung für den Bezug ist, daß sich die Arbeitslosen bisher im Bureau als solche gemeldet haben. Zum Schluß der Versammlung wurde noch auf die Wichtigkeit der statistischen Fragebogen hingewiesen und eine gewissenhafte Ausfüllung erwartet.

## Rundschau

Ein Zusammenschluß von graphischen Arbeitern ist durch den Anschluß der Xylographen an den Verband der Lithographen und Stein- und Buchdrucker herbeigeföhrt worden. Technische Umwälzungen haben in erster Linie den Rückgang der Xylographie verurteilt, so daß der kleine Beruf der Xylographen nur mehr vereinzelt ausgeübt wird. Durch die technische Entwicklung veranlaßt, waren viele Xylographen genötigt, als Einzelarbeiter sich Verdienstmöglichkeit zu schaffen. Nach dem Kriege war es daher nicht wieder möglich geworden, alle Berufsarbeiter voll zu erfassen, so daß die Organisation der Xylographen durch den gesuchten Anschluß an den Verband der Stein- und Buchdrucker diesem die weitere Organisation der Berufsangehörigen überträgt.

Die Buchdruckerbeisitzer in Frankfurt a. M. haben in einer Mitgliederversammlung beschlossen, ihren Arbeiten und Angestellten eine Wirtschaftsbefehle zu gewähren, die nach der Weihnacht zur Auszahlung

kommen sollte. Für verheiratete männliche Angestellte wurden 100.— Mk., für jedes Kind unter 14 Jahren 25.— Mk., für weibliche und ledige männliche Angestellte über 17 Jahren 50.— Mk., für Lehrlinge, Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen, sowie andere Angestellte bis zu 17 Jahren 30.— Mk. festgesetzt.

Eine Weihnachtsfreude machte die Geschäftsleitung der in Augsburg erscheinenden sozialdemokratischen „Schwäbischen Volkszeitung“ ihrem Personal, indem sie 300.— Mk. und für jugendliche Arbeiter 200.— Mk. gewährte. Ein Unterschied in der Beschäftigungsart wurde dabei nicht gemacht. Es ist doch sonderbar, daß immer nur die Betriebe der Arbeiterchaft, die in finanzieller Beziehung sicher nicht zu den leistungsfähigsten gehören, den Arbeitern und Angestellten eine Anerkennung durch eine finanzielle Beihilfe zollen. Von den meisten Großbetrieben, die Millionen Ueberschüsse abwerfen, hört man in dieser Beziehung nichts.

Eine Beitragserhöhung im Buchbinderverband ist durch eine Urabstimmung beschlossen worden. Mit Zustimmung 23 349 Mitglieder, mit Nein 13 578. Durch diese Entscheidung sind die Beiträge in den fünf Klassen auf 70 Pf. bis 3,50 Mk. wöchentlich ab 1. Januar festgesetzt worden. Gleichzeitig damit tritt auch eine Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung in Kraft. Außerdem ist die Beitragsleistung und Unterstützung für Kurzarbeiter neu geregelt worden. Nach den Mitteilungen, die der Beirat des Verbandes der Buchbinder und Papierarbeiter aufgestellt hat, haben die Mitglieder, die nicht als zwei, aber nicht mehr als drei Tage in der Woche ausfallen müssen, nur alle zwei Wochen einen Beitrag zu zahlen. Wer mehr als drei Tage ausfallen muß, wird von der Beitragszahlung befreit. — In der Abstimmung haben sich nur 2,8 Prozent der Mitglieder beteiligt. Besonders bemerkenswert ist die Feststellung der „Buchbinderzeitung“, daß gerade Orte, in denen das radikale Element vorherrscht, die Beitragserhöhung abgelehnt haben. In Berlin waren 60 Prozent, in Halle sogar 76 Prozent gegen die Vorlage des Verbandsvorstandes. Die „Buchbinderzeitung“ glaubt, in der Annahme nicht fehl zu gehen, wenn man das Abstimmungsergebnis „als eine Wirkung der syndikalistischen-tommunistischen Tendenz ansieht, für möglichst hohe Sozialbeiträge sich die Bahn frei zu halten, um von der Zentralleitung unabhängig zu sein“.

Die Urabstimmung über die Tarife im Chemigraphie- und Kupferdruckgewerbe hat eine Mehrheit für die Annahme des Tarifes ergeben. Für den Abschluß stimmten 1057, dagegen 498 Mitglieder. Die gleiche Abstimmung der Lichtdrucker ergab 194 Stimmen für und 65 gegen den Tarif. Die Gültigkeitsdauer der Tarife erstreckt sich auf ein Jahr, sie treten mit dem 1. Januar 1921 in Kraft. Mit Wirkung vom gleichen Tage ab wurde für das Chemigraphie- und Kupferdruckgewerbe eine neue Zulagenzulage vereinbart, die bei den Gehilfen unter 24 Jahren 20.— Mk. und bei den älteren Arbeitern 25.— Mk. wöchentlich beträgt. Im Lichtdruckgewerbe wurde die Zulage ohne Altersunterschied, auch vom 1. Januar ab zahlbar, auf 20.— Mk. festgesetzt. Verheiratete Gehilfen erhalten ab 11. Februar 1921 weitere 5.— Mk. wöchentlich. Geltung haben die neuen Zulagen bis zum 31. März.

Eine Erhöhung der Mitgliedsbeiträge im Deutschen Transportarbeiterverband ist durch Urabstimmung beschlossen worden. 62 Prozent der an der Urabstimmung beteiligten Mitglieder haben dem Vorschlag des Verbandsvorstandes zugestimmt. Auf Grund des Abstimmungsergebnisses betragen die ordentlichen Beiträge ohne Sozialzuschlag ab 1. Januar 1921 in den vorgesehene vier Beitragsklassen 60 Pf. bis 3.— Mk.

Der Malerverband hatte am 1. Oktober 1920 eine Mitgliederzahl von 55 104 aufzuweisen. Trotz des andauernd schlechten Geschäftsganges im Malergewerbe, der eine Fortwärtigung fast unmöglich macht, hat der Verband seit Beginn des vergangenen Jahres 5522 Mitglieder zugenommen. Der Vermögensstand betrug am 1. Oktober 2 369 988 Mk.

Zu einer freigewerkschaftlichen Arbeitsgemeinschaft kommunaler Arbeitnehmer haben sich die Verbände der Gemeinde- und Staatsarbeiter, der Zentralverband der Angestellten, der Bund der technischen Angestellten und Beamten, der Deutsche Berufswörterverband, der Verband der Berufsfeuerwehrräumer zusammengeschlossen. Als Hauptaufgabe dieses Kartells wird in einem Aufruf die Demokratisierung der Gemeindeverwaltungen, die Beseitigung aller die demokratische Entwicklung der Gemeinden hemmenden Einflüsse der staatlichen Aufsichtsbehörden und die Schaffung eines freiherrlichen kommunalen Beamtenrechts angegeben. Außer der Förderung der Sozialisierung und Kommunalisierung hat sich die Arbeitsgemeinschaft die gemeinsame Durchführung der wirtschaftlichen Forderungen ihrer Mitglieder zum Ziel gesetzt.

Gegen eine Verschmelzung mit dem Vorkriegsarbeiterverband haben sich in einer Urabstimmung die Mitglieder des Hutarbeiterverbandes ausgesprochen, obwohl die Generalversammlung der Hutarbeiter im Jahre 1919 in Leipzig sich einstimmig für die Gründung eines Hutarbeiterverbandes, eventuell für die Vereinigung mit dem Vorkriegsarbeiterverbande erklärt hatte. An der Urabstimmung haben sich nur 50 Prozent der Mitglieder beteiligt. Für die Verschmelzung waren 5000 Mitglieder, dagegen 6550, 11 223 Mitglieder, zum großen Teil weibliche, haben sich von der Abstimmung fern gehalten. Da die Entwicklung der Arbeiterorganisationen mit Notwendigkeit zu großen Industrieverbänden führt, wird die Abstimmung noch nicht als letzter Entscheid anzusehen sein.

Die produktive Erwerbslosenfürsorge hat nach Mitteilung des „Reichsarbeitsblattes“ für 61 000 Erwerbs-

lose auf die Dauer von vier bis fünf Monaten Beschäftigung verschafft. Im Ganzen sind aus den Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge rund 126 Millionen Mark bewilligt worden.

Die Kosten der Lebenshaltung im November 1920 sind nach den Erhebungen von Richard Calver 14mal so hoch als im Juli 1914. Man bezahlte damals für das Dreifache der Friedenzentration eines deutschen Marinevolkales im Durchschnitt 25,12 Mk. wöchentlich, während man für die gleiche Ernährung im November 1920 357,05 Mk. bezahlen mußte. Die Indexziffer belief sich im Monat vorher auf 332,20 Mk. In welchem Maße die Verteuerung der Ernährung im Jahre 1920 zugenommen hat, geht daraus hervor, daß sich die Ernährung im Dezember 1919 auf 114,65 Mk. stellte. Das bedeutet eine Steigerung der wöchentlichen Ernährungskosten im vergangenen Jahre um 22.— Mk. Mohin uns der Gegen der freien Wirtschaft bringen wird, ist kaum auszuwenden. Calver glaubt sogar annehmen zu müssen, daß der Grad der Verteuerung in diesem Jahre in demselben, vielleicht in noch schärferem Tempo zunehmen wird.

Das von Dr. Kuczynski in Schönberg für November 1920 errechnete Existenzminimum in Groß-Berlin war ungefähr ebenso hoch wie im Oktober. Danach war für einen alleinstehenden Mann ein täglicher Mindestbedienst von 25.— Mk. für ein Ehepaar mit zwei Kindern von sechs bis zehn Jahren von 53.— Mk. notwendig. An dem Existenzminimum in Groß-Berlin gemessen, war die Mark im November ungefähr 10 Pf. wert gewesen.

Die Not der Renteneinpfänger soll durch das am 18. Dezember beschlossene „Gesetz über eine außerordentliche Beihilfe für Empfänger von Renten aus der Invalidenversicherung“ gemildert werden. Das haben sich jedenfalls die Leute eingebildet, die es eingebracht und angenommen haben. Unsere Arbeitslosen, die erwerbsunfähigen Witwen und Waisen sind durch die soziale Fürsorge des Reiches zum Betteln gezwungen. Die neue „Beihilfe“ beträgt monatlich 40.— Mk. und kommt vom 1. Januar ab zur Auszahlung. Mit der am 20. Mai 1920 beschlossenen Beihilfe erhält ein Invalidenrenteneinpfänger den Durchschnittsbetrag einer Rente also etwa 18.— Mk. + 40.— Mk. + 40.— Mk. also noch nicht einmal 90.— Mk. monatlich, der Empfänger einer Altersrente, die sich im Grundbetrag auf 15.— Mk. stellt, bekommt mit allen Zulagen 85.— Mk. Noch schlimmer sind die Witwen daran, die wohlgerne erwerbsunfähig sein müssen. Die Witwenrente beträgt 7.— Mk., das ergibt mit den „Beihilfen“ vom 20. Mai und 18. Dezember zusammen 62.— Mk. Die Waisenrente aber, die nach dem Gesetz zurzeit 3,50 Mk. (drei Mark 50 Pf.) monatlich beträgt, kommt mit einer Zulage von 10.— Mk. und der Beihilfe von 20.— Mk. auf die stattdes Höhe von 33,50 Mk. im Monat. Nun komme einer her und sage, daß in der Deutschen Republik für den Arbeiter bis in sein hohes Alter und für seine mittellosen Hinterbliebenen nicht reichlich gesorgt ist. Zur Deckung der neuen Beihilfen sind die Invalidenbeiträge verdoppelt worden. Sie betragen in den fünf Lohnklassen 180 Mk., 2.— Mk., 2,20 Mk., 2,40 Mk. und 2,80 Mk. Davon hat der Versicherte die Hälfte zu zahlen, vom ersten Male in der Woche vom 20. Dezember 1920 ab. Die Einnahme aus den erhöhten Beiträgen wird voraussichtlich für das Jahr 1921 die Summe von 1½ Milliarden Mark ergeben.

An die Ortsausschüsse des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. In Berlin hat sich ein Reichsausschuß für Vieh- und Fleischverkehr gebildet, der sich die Kontrolle der Vieh- und Fleischpreise zur Aufgabe gestellt hat und versuchen will, auf eine Senkung der Preise hinzuwirken. In diesem Hauptausschuß sind auch Vertreter der Verbraucher und als solche die Gewerkschaften vertreten. Der Hauptausschuß hat in einer Reihe von Bezirken Unterausschüsse eingesetzt. Es ist wünschenswert, daß auch zu diesen die Gewerkschaften durch Ortsausschüsse Zutritt zu erlangen suchen, und es wird weiter empfohlen, daß als Vertreter der Gewerkschaften auch ein Fachmann aus dem Fleischereigewerbe hinzugezogen wird. Der Zentralverband der Fleischer und Berufsgenossen Deutschlands, Berlin O. 27, Drosselstr. 4, ist bereit, sachkundige und erfahrene Experten als Mitglieder der Ortsausschüssen zu bezeichnen.

### Anzeigen

---

**Rachul.**

Am 16. Dezember 1920 verstarb nach kurzer, schwerer Krankheit unsere liebe Kollegin, die An-  
gelegte  
**Anna Wiebrod**  
(i. Fa. Basse & Niederstadt).  
Sie war und eine treue Mitarbeiterin. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihr  
**Pte Bahrlolle Herford & Wolff.**

### Leutenberger!

Sonntag, den 16. Januar 1921.  
nachmittags 6 Uhr  
**Unterhaltungs-Abend**  
in der Diele der „Neuen Philharmonie“, Köpenickerstraße 94/97. Daselbst Eintrittskarten zu dem am  
Sonntag, den 20. Februar, abends pünktlich 7 Uhr, im  
Rateresaal, des „Reiner Klubhauses“, Obmstraße, statt-  
findenden „Sommerfest in Leutenberg“ a. 2,80 Mk. ein-  
schließlich Steuer. Ehemalige Leutenberger u. Angehörige  
berühmt willkommen  
F. A. A. Sauerland, Am Brenzlauer Berg 18, I.